

## Resolution

1. Der Regionalrat Arnsberg bittet die Landesregierung, dass bei Entwürfen zu Gesetzen, die die Belange der Kreise, Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände allgemein und wesentlich berühren, die Regionalräte in gleicher Weise wie die kommunalen Spitzenverbände in die Gesetzgebungsverfahren immer dann einbezogen und zeitgleich informiert werden, wenn perspektivisch Zuständigkeiten gemäß Landesplanungsgesetz betroffen sein könnten (siehe auch Schreiben des Regionalrates des Regierungsbezirks Düsseldorf vom 03. Juli 2009 an die Präsidentin des Landtages NRW und die Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie NRW).
2. Im Hinblick auf die aktuell geplante Streichung des § 26 des Gesetzes zur Landesentwicklung (LEPro) sowie die von der Landesregierung beabsichtigte Änderung der energiepolitischen Ziele im Landesentwicklungsplan (LEP) bittet der Regionalrat Arnsberg die Landesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass – auch im Hinblick auf die Klimakonferenz in Kopenhagen und die Erreichung des 2 Grad Zieles der Bundesregierung – die klimapolitischen Ziele der EU, Deutschlands und Nordrhein-Westfalens konsequent weiter verfolgt werden.  
Dazu zählen u. a.:
  - Berücksichtigung aller Möglichkeiten zur Energieeinsparung
  - Steigerung des Energienutzungsgrades (Energieeffizienz)
  - Ausschöpfen aller Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung
  - Ersatz fossiler Energieträger durch den schnellen Ausbau (möglichst einheimischer) regenerativer Energieträger

(siehe auch Mitteilung 7.1 der Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Arnsberg vom 08. Oktober 2009 zum Thema „Erneuerbare Energien“).

Der Regionalrat Arnsberg bittet die Landesregierung, diese wichtigen Ziele konsequent weiter zu verfolgen.